

Bern, 18. März 2016

Medienmitteilung

Parteivorstand FDP.Die Liberalen

Präsidentenkonferenz entscheidet einstimmig

Neben der Kandidatin für das Präsidentenamt, Nationalrätin Petra Gössi, hörte die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten die Kandidaten für das Vizepräsidium wie auch die Kandidatinnen und Kandidaten für einen Beisitz an. Die Delegierten werden am 16. April das letzte Wort sprechen und über die Zusammensetzung des Parteivorstands befinden.

Für das Amt der Parteipräsidentin der FDP.Die Liberalen hat sich als einzige Kandidatin die Schwyzerin Petra Gössi präsentiert. Die Juristin wurde 2011 in den Nationalrat gewählt und 2015 als Nationalrätin bestätigt.

Für das Vizepräsidium sind fünf Kandidaturen eingegangen:

- Ständerat Andrea Caroni (AR), neu
- Nationalrat Christian Lüscher (GE), bisher
- Nationalrat Philippe Nantermod (VS), neu
- Nationalrat Christian Wasserfallen (BE), bisher
- Staatsrat Christian Vitta (TI) neu

Als Beisitzer kandidieren Nationalrätin Daniela Schneeberger (neu), Nationalrat Marcel Dobler (neu), Philippe Miauton (bisher), Christian Scheuermeyer (bisher), Rolin Wavre (bisher) und Ruedi Waser (neu).

Die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten beschloss einstimmig, der Delegiertenversammlung Nationalrätin Petra Gössi zur Wahl als Präsidentin vorzuschlagen. Ebenfalls einstimmig beschloss sie, alle Kandidaten fürs Vize-Präsidium beziehungsweise als Beisitzer zu empfehlen.

Die Delegiertenversammlung wird am 16. April in letzter Instanz die Mitglieder des Parteivorstands wählen.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

- › Vincenzo Pedrazzini, Vize-Präsident FDP.Die Liberalen, 079 400 20 25
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Aurélie Haenni, Mediensprecherin Romandie, 079 315 78 48
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.